

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Einleitung	1
1. Teil Die Anfechtungsbefugnis des Aktionärs und ihre Anfälligkeit für funktionswidrigen Gebrauch	5
1. Kapitel Grundzüge der aktienrechtlichen Anfechtungsklage	5
§ 1 Die wesentlichen Grundentscheidungen der lex lata	5
§ 2 Die Funktionen der Anfechtungsbefugnis des Aktionärs	15
2. Kapitel Der funktionswidrige Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis, insbesondere zu Kommerzialisierungszwecken	19
§ 1 Die Anfälligkeit der Aktionärsanfechtungsbefugnis für einen funktionswidrigen Einsatz zu Kommerzialisierungszwecken	19
§ 2 Der funktionswidrige Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis zu Kommerzialisierungszwecken in der Praxis – Eine Kurzübersicht über die Entwicklung seit Ende der achtziger Jahre unter besonderer Berücksichtigung der zweiten Baums-Studie	41
2. Teil Möglichkeiten einer einzelfallbezogenen Sanktionierung des funktionswidrigen Einsatzes der Anfechtungsbefugnis und bisherige legislatorische Maßnahmen gegen einen solchen Einsatz	53
1. Kapitel Möglichkeiten der einzelfallbezogenen Sanktionierung eines funktionswidrigen Einsatzes der Aktionärsanfechtungsbefugnis ..	53
§ 1 Kostenpflichtige Klageabweisung wegen Rechtsmissbrauchs	53
§ 2 Rückgewähr- und Schadensersatzansprüche	73
§ 3 Strafrechtliche Sanktionen	90
§ 4 Fazit	90
2. Kapitel Bisherige legislatorische Maßnahmen gegen den funktionswidrigen Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis zu Kommerzialisierungszwecken	94
§ 1 Vorbesitzerfordernis und Publizitätspflicht	94
§ 2 Reduktion der Anfechtungsanfälligkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	97
§ 3 Reduktion des registerrechtlichen Blockadepotentials – Die aktien- und umwandlungsrechtlichen Freigabeverfahren	105
§ 4 Fazit der Überlegungen zur Situation de lege lata	219
	IX

Inhaltsübersicht

3. Teil Überlegungen zur Ausgestaltung des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts de lege ferenda, insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung eines funktionswidrigen Einsatzes von Beschlussmängelklagen	223
§ 1 Die wesentlichen rechtspolitischen Postulate für eine Reform des Beschlussmängelrechts de lege ferenda	223
§ 2 Ausdifferenzierung der Rechtsfolgen einer Beschlussmangelhaftigkeit, insbesondere Reduktion der Nichtigkeitsfolge	226
§ 3 Verweisung weiterer Bewertungsrügen in das Spruchverfahren und Effektuiierung dieses Verfahrens	234
§ 4 Weitere Reduktion des registerrechtlichen Blockadepotentials	237
§ 5 Beschneidung der Kommerzialisierungsmöglichkeiten	251
§ 6 Verstärkung der Negativanreize bezüglich des funktionswidrigen Einsatzes von Beschlussmängelklagen	257
§ 7 Ausschluss der Klage- bzw. der Kassations- und Blockademöglichkeit: Quorum	274
§ 8 Zusammenfassung zu empfehlender Maßnahmen de lege ferenda	339
Ausblick	343
Abkürzungen	345
Literatur	351
Sachregister	379

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einleitung	1
1. Teil Die Anfechtungsbefugnis des Aktionärs und ihre Anfälligkeit für funktionswidrigen Gebrauch	5
1. Kapitel Grundzüge der aktienrechtlichen Anfechtungsklage	5
§ 1 <i>Die wesentlichen Grundentscheidungen der lex lata</i>	5
A. Gestaltungsklageerfordernis	5
B. Voraussetzungen einer erfolgreichen Anfechtungsklage	6
I. Anfechtungsfrist	6
II. Anfechtungsbefugnis	7
III. Anfechtungsgrund	10
C. Rechtsfolgen einer erfolgreichen Anfechtungsklage	12
I. Rückwirkende Nichtigerklärung des mangelbehafteten Beschlusses ..	12
II. Rechtskrafterstreckung, § 248 Abs. 1 Satz 1 AktG	13
III. Verpflichtung zur Beseitigung von »Vollzugsfolgen«	13
§ 2 <i>Die Funktionen der Anfechtungsbefugnis des Aktionärs</i>	15
A. Individualschutz	15
B. Überindividuelle, institutionelle Bedeutung	16
C. Präventive Steuerungswirkung	17
2. Kapitel Der funktionswidrige Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis, insbesondere zu Kommerzialisierungszwecken	19
§ 1 <i>Die Anfälligkeit der Aktionärsanfechtungsbefugnis für einen funktionswidrigen Einsatz zu Kommerzialisierungszwecken</i>	19
A. Die Wurzeln der Anfälligkeit der Aktionärsanfechtungsbefugnis für einen funktionswidrigen Einsatz	19
I. Das der Anfechtungsklage innewohnende Blockade- und Schädigungspotential	19
1. Registerrechtliche Blockadewirkung der Klageerhebung	19
a) Gesetzliche Registersperre	20
b) »Faktische« Registersperre	21
c) Wirtschaftliche Folgen einer Registersperre	23
2. Unsicherheit über den Bestand des Beschlusses und darauf aufbauender Maßnahmen	25
II. Ökonomische Anreizsituation von Klägern und Verwaltung	27
	XI

Inhalt

1. Anreizsituation der Verwaltung der beklagten Gesellschaft	27
2. Anreizsituation der Kläger	28
3. Fazit	30
B. Die Anfälligkeit der Aktionärsanfechtungsbefugnis für funktionswidrigen Einsatz in historischer Perspektive	31
I. Rückbau spezieller gesetzlicher Missbrauchskautelen	31
1. Die Position der Novelle von 1884	31
2. Veränderungen im HGB von 1897	33
3. Die Zeitspanne bis zum AktG von 1937	34
4. Das Aktiengesetz von 1937	35
5. Das Aktiengesetz von 1965	36
6. Fazit	38
II. »Verbesserung« der institutionellen Rahmenbedingungen für einen funktionswidrigen Einsatz der Anfechtungsklage	39
1. Zunahme der Fehleranfälligkeit von Hauptversammlungs- beschlüssen	39
2. Einführung gesetzlicher Registersperren	40
III. Fazit	41
§ 2 <i>Der funktionswidrige Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis zu Kommerzialisierungszwecken in der Praxis – Eine Kurzübersicht über die Entwicklung seit Ende der achtziger Jahre unter besonderer Berücksichtigung der zweiten Baums-Studie</i>	41
A. Die Szenerie ab Ende der achtziger Jahre	41
B. Die Ergebnisse der zweiten Baums-Studie	44
2. Teil Möglichkeiten einer einzelfallbezogenen Sanktionierung des funktionswidrigen Einsatzes der Anfechtungsbefugnis und bisherige legislatorische Maßnahmen gegen einen solchen Einsatz	53
1. Kapitel Möglichkeiten der einzelfallbezogenen Sanktionierung eines funktionswidrigen Einsatzes der Aktionärsanfechtungsbefugnis	53
§ 1 <i>Kostenpflichtige Klageabweisung wegen Rechtsmissbrauchs</i>	53
A. Grundlagen	53
B. Die beschränkte praktische Wirksamkeit des Missbrauchseinwandes und ihre Gründe	55
I. Geringe Wahrscheinlichkeit eines Durchgreifens des Missbrauchseinwandes	55
1. Geringe Wahrscheinlichkeit einer Verfahrensbeendigung durch Urteil	56
2. Beweisschwierigkeiten der Gesellschaft	56
a) Ausgangspunkt	57
b) Mögliche Missbrauchsindizien	57
aa) Äußerungen des Klägers im konkreten Beschlussmängelverfahren	57
bb) Missbräuchliches Verhalten in sich zeitlich überschneidenden Beschlussmängelverfahren	58

cc) Sonstige Indizien	59
c) Teils sehr restriktive Spruchpraxis der Instanzgerichte hinsichtlich der Ableitung eines Missbrauchsverdiktes aus Indizien	60
aa) Zurückhaltung bei der Ableitung eines Missbrauchsverdiktes aus Umständen, die die institutionelle Missbrauchsanfälligkeit von Beschlussmängelklagen begründen	60
bb) Teils Ablehnung eines Missbrauchsverdiktes selbst bei Hinzutreten zusätzlicher missbrauchsindizierender Umstände im Verhalten des Klägers im konkreten Beschlussmängelverfahren	62
cc) Zwischenfazit	65
dd) Anzeichen für eine Trendwende in jüngeren Entscheidungen?	65
II. Begrenzte Spürbarkeit der Kostenfolge des § 91 Abs. 1 Satz 1 AktG für »gewerbsmäßige Berufskläger«	72
C. Fazit	73
§ 2 <i>Rückgewähr- und Schadensersatzansprüche</i>	73
A. Anspruch aus § 62 Abs. 1 Satz 1 AktG	73
I. Möglicher Verstoß gegen § 57 AktG	73
1. Überblick über den Meinungsstand	73
2. Fazit	79
II. Möglicher Verstoß gegen § 53 a AktG	80
B. Schadensersatzansprüche	80
I. Anspruch aus § 826 BGB	81
II. Anspruch wegen Treupflichtverletzung	86
§ 3 <i>Strafrechtliche Sanktionen</i>	90
§ 4 <i>Fazit</i>	90
2. Kapitel Bisherige legislatorische Maßnahmen gegen den funktionswidrigen Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis zu Kommerzialisierungszwecken	94
§ 1 <i>Vorbesitzzeiterfordernis und Publizitätspflicht</i>	94
A. Vorbesitzzeiterfordernis in § 245 Nr. 1 und 3 AktG	94
B. Publizitätspflicht gemäß § 248 a AktG	95
§ 2 <i>Reduktion der Anfechtungsanfälligkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen</i>	97
A. Partieller Anfechtungsausschluss für Bewertungsrügen	97
B. Partieller Anfechtungsausschluss für kompensationsbezogene Informationsmängel	98
C. Die Regelungen des § 131 Abs. 2 Satz 2 und des § 131 Abs. 3 Nr. 7 AktG	99
I. Die Regelung des § 131 Abs. 2 Satz 2 AktG	99
II. Die Regelung des § 131 Abs. 3 Nr. 7 AktG	104
D. Zwischenfazit	105
§ 3 <i>Reduktion des registerrechtlichen Blockadepotentials – Die aktien- und umwandlungsrechtlichen Freigabeverfahren</i>	105
A. Überblick über die Freigabeverfahren	106
I. Allgemeines	106
II. Voraussetzungen einer stattgebenden Entscheidung im Überblick	110

III.	Rechtsfolgen einer stattgebenden Entscheidung	110
1.	Ermöglichung einer vorzeitigen Registereintragung	110
a)	Fälle einer gesetzlichen Registersperre	111
b)	Keine gesetzliche Registersperre: Fälle des § 246 a AktG	114
2.	Sicherung der Eintragungswirkungen (Bestandskraft)	115
a)	Freigabeverfahren gemäß §§ 246 a AktG, 16 Abs. 3 UmwG	115
aa)	Bedeutung der Bestandskraft	115
bb)	Rechtstechnische Umsetzung	118
b)	Freigabeverfahren gemäß § 319 Abs. 6, 327 e Abs. 2 AktG	119
3.	Auswirkungen der stattgebenden Freigabeentscheidung auf das schwebende Hauptsacheverfahren	121
a)	Keine Erledigung der Hauptsache nach vorzeitiger Registereintragung mit Bestandskraft	121
aa)	Keine nachträgliche Unbegründetheit der Anfechtungsklage infolge »Bestandskraft« des Hauptversammlungsbeschlusses	121
bb)	Keine nachträgliche Unzulässigkeit der Anfechtungsklage aufgrund Entfallens des Rechtsschutzbedürfnisses infolge Bestandskraft der Eintragungswirkungen	124
b)	Keine Bindungswirkung des rechtskräftigen Freigabebeschlusses für die Entscheidung in der Hauptsache	125
4.	Schadensersatzanspruch	126
a)	Allgemeines	126
b)	Ausschluss der Naturalrestitution	127
IV.	Zur Rechtsnatur der Freigabeverfahren	128
B.	Die beschränkte praktische Wirksamkeit der Freigabeverfahren vor Inkrafttreten des ARUG	132
I.	Sinnvoller Ansatz: zielgenaue Reduktion des registerrechtlichen Blockadepotentials	132
II.	Aber: bislang allenfalls begrenzte praktische Wirksamkeit	134
C.	Die Gründe für die beschränkte praktische Wirksamkeit der Freigabe- verfahren vor Inkrafttreten des ARUG	135
I.	Verfahrensdauer: »paralleles Hauptsacheverfahren« statt echten Eilrechtsschutzes	135
1.	Ausgangsbefund zur Verfahrensdauer	135
2.	Gründe für die lange Verfahrensdauer	137
a)	Verfahrensrechtliche Gründe	137
aa)	Ausgestaltung des regulären Verfahrensablaufes	137
bb)	Gezielte Verfahrensverzögerungen	139
aaa)	Zögerliche Einzahlung des Gerichtskostenvorschusses	139
bbb)	Gezielte Verzögerung der Zustellung des Freigabe- antrages	140
ccc)	»Nachgeschobene« Nichtigkeitsklage	141
cc)	»Massencharakter« der Beschlussmängel- und Freigabe- verfahren vor Inkrafttreten des ARUG	142
aaa)	Vielzahl von Verfahrensbeteiligten	142
bbb)	Vielzahl abzuarbeitender Rügen	144
dd)	Erstinstanzliche Zuständigkeit der landgerichtlichen Kammern für Handelssachen vor Inkrafttreten des ARUG	144

b) Der Einfluss der materiellen Freigabekriterien auf die Verfahrensdauer	146
aa) Der Freigabegrund der »offensichtlichen Unbegründetheit« der Klage	146
aaa) Der Streit um die Auslegung des Merkmals der »Offensichtlichkeit«	146
(1) Gemeinsamer Ausgangspunkt: hoher Grad an Gewissheit hinsichtlich Unbegründetheit der Klage	146
(2) Umstritten: Beschränkung von Prüfungsumfang und Prüfungsaufwand?	147
(a) Teilweise: »Offensichtlichkeit« nur bei leichter Erkennbarkeit eindeutig fehlender Erfolgsaussichten	148
(b) Überwiegende Ansicht: Bedeutungslosigkeit des erforderlichen Prüfungsaufwandes	149
bbb) Auswirkungen der dargestellten Ansichten auf die Verfahrensdauer	150
bb) Interessenabwägung und Verfahrensdauer	154
aaa) Möglichkeit einer von den Erfolgsaussichten der Klage abstrahierenden Interessenabwägung?	154
(1) Regierungsbegründung zu § 246 a AktG und gesetzlicher Ausgangsbefund	155
(a) Regierungsbegründung zu § 246 a AktG	155
(b) Systematik der Freigabegründe und Wortlaut der Abwägungsvariante	155
(c) Denkbare Vorgehen des Gerichts bei der Prüfung eines Freigabeantrages	156
(aa) Ausgangspunkt	156
(bb) Zwei alternative Prüfungsprogramme	157
(d) Beschleunigungspotential eines abwägungszentrierten Prüfungsprogrammes	159
(2) Unvereinbarkeit einer von den Erfolgsaussichten der Klage abstrahierenden Interessenabwägung mit der Rechtsnatur der Freigabeverfahren?	159
(a) Unvereinbarkeit mit einer Einordnung der Freigabeverfahren als einstweiligem Rechtsschutz	159
(b) Vereinbarkeit mit der Einordnung der Freigabeverfahren als Eilverfahren sui generis	160
(aa) Ausgangspunkt: antizipierte Rechtsfolgenbeschränkung durch vorzeitige Register- eintragung mit Bestandskraft	161
(bb) Funktion der Abwägungsvariante nach der Regierungsbegründung zu § 246 a AktG	162
(cc) Bedeutung dieser Funktionsbestimmung für die Unbeachtlichkeit der Erfolgsaussichten der anhängigen Beschlussmängelklage bei der Durchführung der Interessenabwägung	163

3. Veränderungen auf Rechtsfolgenseite	206
a) Dauerhafte Bestandskraft auch in den Verfahren gemäß §§ 319 Abs. 6, 327 e Abs. 2 AktG	206
b) Implikationen für die Rechtsnatur dieser Verfahren und für die Funktionsbestimmung der Abwägungsvariante	208
III. Fazit zum ARUG	209
E. Rechtspolitische Bewertung des Freibekkonzeptes, insbesondere mit Blick auf die Kombination von Bestandskraft und Abwägungsvariante	211
§ 4 <i>Fazit der Überlegungen zur Situation de lege lata</i>	219
3. Teil Überlegungen zur Ausgestaltung des aktienrechtlichen Beschluss- mängelrechts de lege ferenda, insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung eines funktionswidrigen Einsatzes von Beschluss- mängelklagen	223
§ 1 <i>Die wesentlichen rechtspolitischen Postulate für eine Reform des Beschlussmängelrechts de lege ferenda</i>	223
§ 2 <i>Ausdifferenzierung der Rechtsfolgen einer Beschlussmangelhaftigkeit, insbesondere Reduktion der Nichtigkeitsfolge</i>	226
A. Ausgangsüberlegung	226
B. Vorschlag des »Arbeitskreises Beschlussmängelrecht«	227
I. Kerngedanken	227
II. Bewertung	230
C. Fazit	234
§ 3 <i>Verweisung weiterer Bewertungsrügen in das Spruchverfahren und Effektuiierung dieses Verfahrens</i>	234
A. Verweisung weiterer Bewertungsrügen in das Spruchverfahren	234
B. Beschleunigung des Spruchverfahrens	236
§ 4 <i>Weitere Reduktion des registerrechtlichen Blockadepotentials</i>	237
A. Ausgangsüberlegung	237
B. Vorschläge der Literatur	238
I. Vom Anfechtungskläger zu betreibendes »Aussetzungs- oder Sperrverfahren«	238
1. Der Vorschlag	238
2. Würdigung	240
II. Zwischenentscheidung des Prozessgerichts	245
1. Der Vorschlag	245
2. Bewertung	247
C. Fazit	250
§ 5 <i>Beschränkung der Kommerzialisierungsmöglichkeiten</i>	251
A. Beschränkung der Dispositionsbefugnis über den Streitgegenstand	251
B. Beschränkung von Vergleichsmehrwerten und Gegenstandwert für die Rechtsanwaltsvergütung	254
§ 6 <i>Verstärkung der Negativanreize bezüglich des funktionswidrigen Einsatzes von Beschlussmängelklagen</i>	257

Inhalt

A.	Verschuldensunabhängige Haftung des Beschlussmängelklägers für durch ungerechtfertigte Registerblockade verursachte Schäden	257
I.	Der Vorschlag	257
II.	Bewertung	260
B.	Ausdrückliche Kodifizierung einer Haftung für durch Missbrauch des Klagerechts entstandene Schäden	262
I.	Der Vorschlag	262
II.	Bewertung	263
C.	Kodifizierte Missbrauchsvermutung	264
I.	Der Vorschlag	264
II.	Bewertung	265
III.	Fazit	273
D.	Fazit zu den drei Vorschlägen für eine wirksamere einzelfallbezogene Sanktionierung missbräuchlichen Verhaltens	274
§ 7	<i>Ausschluss der Klage- bzw. der Kassations- und Blockademöglichkeit:</i>	
	<i>Quorum</i>	274
A.	Rechtspolitische Überlegungen	275
I.	Beitrag eines Quorums zur Eindämmung des funktionswidrigen Einsatzes der Anfechtungsbefugnis	275
1.	Theoretische Ausgangsüberlegung	275
2.	Einwände gegen die praktische Wirksamkeit eines Quorums	277
3.	Fehlende Berechtigung dieser Einwände	277
4.	Fazit	280
II.	Adäquater Interessenschutz bei Kleinaktionären auch ohne Sicherung des mitgliederschäftlichen status quo durch kassatorische Anfechtungsklage möglich	280
III.	Keine übermäßige Beeinträchtigung der objektiven Kontroll- und Korrekturfunktion der Aktionärsanfechtungsklage durch ein Quorum	283
1.	Die These der Quorumskritiker	283
2.	Die Gründe für die Unrichtigkeit dieser These	283
a)	Zweckkonformer Einsatz der Aktionärsanfechtungsbefugnis als Voraussetzung der Verwirklichung ihrer objektiven Kontroll- und Korrekturfunktion	284
b)	Kein faktischer Totalausschluss von Aktionärsanfechtungsklagen durch ein moderates Quorum, keine übermäßige Beschränkung der von Aktionären initiierten Legalitätskontrolle von Hauptversammlungsbeschlüssen	286
c)	Berücksichtigung der Kontrollfunktion bei der konkreten Ausgestaltung des Quorums	286
aa)	Ausgangsüberlegung	286
bb)	Berücksichtigung durch das »Bagatellquorum« des ARUG	288
cc)	Einbettung des Quorums in ein System ausdifferenzierter Beschlussmängelfolgen de lege ferenda	288
d)	Anfechtungsbefugnis und Anfechtungspflicht des Vorstandes	291
IV.	Fazit der rechtspolitischen Überlegungen	294
B.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Quorums, insbesondere sub specie Art. 14 GG	295
I.	Schutzbereich	296

1.	Allgemeines	296
2.	Verfahrensrechtlicher Garantiegehalt des Artikels 14 GG und Anfechtungsbefugnis des Aktionärs	297
II.	Eingriff (eigentumsrelevante Maßnahme)	298
III.	Rechtfertigung	299
1.	Legitimer Zweck	299
2.	Geeignetheit	300
3.	Erforderlichkeit	301
4.	Angemessenheit	302
a)	Allgemeines	302
b)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Ausgleich der kollidierenden Anteilseigentümerpositionen von Mehrheits- und Minderheitsaktionären bei Strukturmaßnahmen	303
aa)	Gedanklicher Ausgangspunkt und allgemeine Aussagen	303
bb)	Mögliche Schlussfolgerungen hinsichtlich der sich aus Art. 14 Abs. 1 GG ergebenden Anforderungen an die Ausgestaltung der Rechtsschutzmöglichkeiten von Kleinaktionären gegen Beschlüsse der Hauptversammlungsmehrheit	306
aaa)	Analyse der Rechtsprechung des BVerfG bis zum »Squeeze-Out«- Beschluss	307
(1)	Analyse	307
(2)	Zwischenfazit	310
bbb)	Akzentverschiebung im »Squeeze-Out«-Beschluss?	311
ccc)	Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 9.12.2009	315
cc)	Fazit	317
C.	Ausgewählte Einzelfragen zur Ausgestaltung und Umsetzung eines Quorums	318
I.	Welche Gesellschaften?	319
II.	Welche Beschlüsse?	322
III.	Höhe des maßgeblichen Schwellenwertes	325
IV.	Poolen zulässig?	330
V.	Ausnahme für Aktionärsvereinigungen?	331
VI.	Nachweis des Erreichens der maßgeblichen Anteilsschwelle und Berücksichtigung im Zusammenhang mit der vorzeitigen Registereintragung	332
VII.	Gesetzliche Festlegung eines Schwellenwertes oder Satzungs-ermächtigung?	333
VIII.	Ausgleichsanspruch	336
D.	Fazit zum Quorum	337
§ 8	Zusammenfassung zu empfehlender Maßnahmen de lege ferenda	339
A.	Maßnahmen zur Reduktion der Kassationsanfälligkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	339
I.	Ausdifferenzierung der Beschlussmängelfolgen auf der Ebene des materiellen Rechts	339
II.	Verweisung weiterer Bewertungsrügen in das Spruchverfahren	340
B.	Ersetzung der Freigabeverfahren gegenwärtiger Prägung durch eine Zwischenentscheidung des Prozessgerichts bzw. des Oberlandesgerichts	340

Inhalt

C. Bindung der Kassations- und Blockadebefugnis an das Erreichen eines moderaten Quorums	341
Ausblick	343
Abkürzungen	345
Literatur	351
Sachregister	379